

## L-01 Nein zum Backlash! Was auf Corona folgen muss

Gremium: Landesvorstand  
Beschlussdatum: 20.08.2020  
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Leitantrag

1 Die Coronakrise hat unsere Gesellschaft als Ganzes getroffen und in so manchen Grundfesten  
2 erschüttert. Nahezu von heute auf morgen fuhren die Menschen ihre sozialen Kontakte zurück.  
3 Urlaubsreisen und Familientreffen fielen aus, Fußballstadien wurden für die Öffentlichkeit  
4 geschlossen. Clubs, Konzertsäle und Theaterbühnen, Schulen und Kitas – alles geschlossen.  
5 Für viele Arbeitgeber\*innen war Home Office plötzlich das Gebot der Stunde. Der  
6 Bundesfinanzminister kippte das Mantra der schwarzen Null und die Europäische Union nahm  
7 erstmals gemeinsam Schulden auf.

8 In einem aber hat sich unsere Gesellschaft als stabil erwiesen. Den Frauen in diesem Land  
9 wurde die klassische, fast schon überholt geglaubte Rolle der Mutter und Kümmerin  
10 zugewiesen. Gleichzeitig wurde das, was gemeinhin als Privatleben gilt, praktisch unsichtbar  
11 gemacht: Das bisschen Kinderbetreuung? Das werden die Frauen schon richten. Arbeiten können  
12 sie ja nebenbei oder wenn die Kinder im Bett sind! Ja, die Jobs der Frauen sind  
13 systemrelevant. Aber sie deshalb besser bezahlen? Wir müssen doch ganze Branchen retten!  
14 Häusliche Gewalt? Wieso sollte das jetzt Thema sein?

15 Wir stellen fest: Frauen waren und sind von der Coronakrise in besonderer Weise, aber  
16 durchaus unterschiedlich betroffen. Zwar sind viele ihrer Berufe nun offiziell  
17 systemrelevant, sie bleiben aber schlecht bezahlt. Ihr größerer Anteil in menschnahen  
18 Berufen – zum Beispiel als Verkäuferin, Sprechstundenhilfe oder als Krankenpflegerin – führt  
19 dazu, dass sie deutlich häufiger an Covid-19 erkranken als Männer. Das Ausmaß der häuslichen  
20 Gewalt gegenüber Frauen (und ihren Kindern) ist in der Krise und insbesondere während des  
21 Lockdowns deutlich gestiegen. Und hatten Frauen schon vor der Coronakrise einen größeren  
22 Teil der Care-Arbeit zu leisten, so hat sich dieses Ungleichgewicht während der Krise noch  
23 verstärkt.

24 Diese Entwicklungen sind nicht unvorhersehbar aufgetreten. Sie lassen vielmehr einen  
25 klareren Blick auf die schon lange bekannten strukturellen Probleme zu. Wenn wir Antworten  
26 auf diese Ungerechtigkeiten finden wollen, dürfen wir nicht nur die akute Krise kritisch  
27 betrachten. Natürlich müssen wir daraus Schlüsse für die Möglichkeit einer zweiten Welle  
28 ziehen und dafür Sorge tragen, dass Frauen nicht erneut die Verliererinnen der Krise werden.  
29 Aber wir müssen die Strukturen grundlegend ändern – über die Krise hinaus. Die Coronakrise  
30 zeigt uns nicht nur überdeutlich, wo die Sollbruchstellen unserer Gesellschaft liegen – sie  
31 mahnt uns auch zur Dringlichkeit, strukturelle Diskriminierungen zielgerichtet zu bekämpfen.

32 Politik in Zeiten der Pandemie oder: Die Pflicht zur Gender-Brille

33 Was viele von uns im Jahr 2020 nicht für möglich gehalten hätten, ist im Zuge der Corona-  
34 Pandemie überraschend reibungslos geschehen. Kaum war die Krise da, erklärten uns  
35 überwiegend Männer die Welt. Überall traten sie öffentlichkeitswirksam als Experten und  
36 Krisenmanager in Erscheinung. Und im engsten Krisenstab der Kanzlerin saß zwar die  
37 Verteidigungsministerin, nicht aber die Ministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

38 Der Blick auf Frauen und ihre unterschiedlichen Lebenslagen: In der Hochphase der  
39 Coronakrise fehlte er nahezu komplett. Die Folge: Bei akuten Entscheidungen wurden Frauen  
40 und die Auswirkungen dieser Entscheidungen auf Frauen nicht berücksichtigt. Das Risiko der  
41 häuslichen Gewalt wurde ebenso ausgeblendet wie die Frage des Zugangs zur

42 Schwangerschaftskonfliktberatung. Schulen und Kitas wurden monatelang fast komplett  
43 geschlossen, Care- und Bildungsarbeit weitgehend privatisiert und damit stillschweigend  
44 überwiegend Frauen aufgebürdet. Frauen, die öffentlich einen finanziellen Ausgleich für ihre  
45 teils existenzbedrohenden Einkommensverluste forderten, erlebten einen wahren Shitstorm.

46 Diese Erfahrung muss uns eine Lehre sein. Denn auch wenn wir die Leistung einzelner  
47 männlicher Entscheidungsträger und Experten schätzen und dankbar für ihren Einsatz sind: Ein  
48 derart männerdominiertes und geschlechterblindes Krisenmanagement, das uns  
49 gleichstellungspolitisch um Jahrzehnte zurückwirft, darf sich nicht wiederholen. Für eine  
50 mögliche zweite oder gar dritte Welle müssen wir sicherstellen, dass Frauen an den  
51 relevanten Entscheidungen angemessen beteiligt werden – als Politikerinnen, als  
52 Wissenschaftlerinnen, als Vertreterinnen klassisch weiblicher Berufsbranchen sowie der  
53 einschlägigen Hilfe- und Beratungsstrukturen. Denn zukünftiges Krisenmanagement muss  
54 zwingend die – durchaus unterschiedlichen – Perspektiven und Lebenslagen von Frauen  
55 berücksichtigen. Damit Frauen nicht erneut Verliererinnen der Krise werden.

56 Hier ist zunächst die Bundesregierung gefragt. Denn auch wenn zentrale Bereiche wie  
57 Gesundheit und Bildung am Ende Ländersache sind: Der Bund kann Leitlinien vorgeben und  
58 Empfehlungen aussprechen. Er kann Prioritäten neu setzen. Und er kann mit gutem Beispiel  
59 vorangehen. Für den weiteren Pandemieverlauf fordern wir paritätisch besetzte Krisenstäbe,  
60 den Einbezug vielfältiger Expertisen und Stimmen und einen knallharten  
61 Geschlechtergerechtigkeitscheck: Nur wenn Frauen von Hilfemaßnahmen gleichermaßen  
62 profitieren wie alle anderen, werden diese Hilfemaßnahmen auch finanziert.

63 Kein Pandemieplan ohne Gewaltschutzkonzept und verlässliche Beratungsangebote

64 Häusliche Gewalt ist in Berlin während der ersten Coronawelle um circa 30 Prozent  
65 angestiegen. Ärztinnen berichten nicht nur von höheren Fallzahlen, sondern auch von  
66 zunehmender Schwere der Verletzungen. Betroffen sind in erste Linie Frauen und Kinder. Damit  
67 bestätigt sich, was Expert\*innen von Beginn an befürchtet hatten: Wenn Menschen in zu  
68 kleinen Wohnungen zu lange zu Hause sind, wenn Existenzängste auftreten oder zunehmen: Dann  
69 steigt das Aggressionspotenzial. Hinzu kommt, dass eine mögliche soziale Kontrolle durch  
70 außerhäusliche Kontakte weitgehend wegfiel und professionelle Hilfestrukturen nur  
71 eingeschränkt zugänglich waren. Unter diesen Bedingungen blieben betroffene Frauen,  
72 insbesondere Frauen mit Behinderung und ältere Frauen, weitgehend sich selbst überlassen.

73 Um Frauen und Kinder während einer zweiten Welle mit Kontaktbeschränkungen besser vor  
74 häuslicher Gewalt zu schützen, müssen wir Gewaltschutz als essentiellen Teil in den  
75 Pandemieplänen verankern. Konkret heißt das: Die Hilfestrukturen müssen kurzfristig mit  
76 zusätzlichen finanziellen Mitteln ausgestattet werden. Nur so können sie professionell auf  
77 steigende Fallzahlen reagieren; nur so können sie wegbrechende physische Anlaufstellen durch  
78 telefonische und digitale Informations- und Beratungsangebote auffangen. Gleichzeitig müssen  
79 die Menschen, die in den Schutz- und Beratungsstrukturen arbeiten, als systemrelevant  
80 eingestuft werden. Kampagnen, die einer Sensibilisierung der Öffentlichkeit dienen sollen,  
81 müssen weitgehend vorbereitet sein, so dass sie in Zeiten der Pandemie kurzfristig angepasst  
82 und umgesetzt werden können.

83 Generell, aber eben auch in Zeiten einer Pandemie müssen Gewaltschutzkonzepte die  
84 vielfältigen Lebenslagen von Frauen und Mädchen berücksichtigen. Frauen und Mädchen mit  
85 Behinderung gehören schon in normalen Zeiten zu einer besonders vulnerablen Gruppe. Das  
86 Gleiche gilt für Frauen und Mädchen in eng bewohnten Geflüchtetenunterkünften. Und auch für  
87 lesbische, bi-, trans- und intersexuelle Frauen steigt in Krisenzeiten das Risiko für  
88 Diskriminierung und Gewalt. Junge Frauen im Coming-Out sind zum Beispiel auf familiäre  
89 Kontexte zurückgeworfen, die sie an ihren Lebensentscheidungen hindern wollen. Hier braucht

90 es jeweils konkrete, direkte und verstärkte Hilfs- und Beratungsangebote wie zum Beispiel  
91 flächendeckende Besuchsdienste für ältere Frauen und Frauen mit Behinderung, dezentrale  
92 Unterbringungsmöglichkeiten für geflüchtete Frauen oder zusätzliche Zufluchtwohnungen für  
93 lesbische, bi-, trans- und intersexuelle Frauen. Telefonische Informations-, Beratungs- und  
94 Unterstützungsangebote sind ebenso notwendig wie digitale.

95 Letzteres gilt für alle Beratungsangebote wie beispielsweise psychiatrische Vor- und  
96 Nachsorge und im Besonderen auch für die Schwangerschaftskonfliktberatung. Gerade hier, wo  
97 Frauen nicht wochenlang auf einen Termin warten können, muss gewährleistet sein, dass  
98 Beratung schnell stattfinden kann. Und wenn Frauen sich für den Abbruch einer  
99 Schwangerschaft entscheiden, muss sichergestellt sein, dass dieser schnellstmöglich  
100 vorgenommen werden kann. Auch deshalb fordern wir, dass der medikamentöse Abbruch zu Hause  
101 erleichtert wird.

102 Einkommensverluste abfedern: Corona-Elterngeld und -Pflegegeld

103 Sollte es sich nicht vermeiden lassen, dass Schulen und/oder Kitas erneut zumindest  
104 teilweise geschlossen werden müssen, braucht es ein besseres Konzept als während der ersten  
105 Coronawelle. Denn wenn Schulen und Kitas schließen, übernehmen in der Regel die Frauen die  
106 Betreuung der Kinder. Das hat vor allem finanzielle Gründe, die strukturell geändert werden  
107 müssen (siehe unten). Da diese Änderungen aber nicht von heute auf morgen wirken werden,  
108 müssen wir insbesondere die konkrete Situation von Frauen in der Krise in den Blick nehmen.  
109 Wir müssen also den akuten Wegfall ihrer Lohnarbeit ausgleichen. Dazu braucht es zum einen  
110 ein echtes Corona-Elterngeld, das Eltern beantragen können, deren Kinder das 14. Lebensjahr  
111 noch nicht vollendet haben, für Familien mit Kindern mit Behinderung bis zur Vollendung des  
112 18. Lebensjahrs. Das Coronaelterngeld soll im Umfang grundsätzlich dem üblichen Elterngeld  
113 entsprechen (67 Prozent des wegfallenden Netto-Einkommens bis maximal 1800 Euro), allerdings  
114 durch eine Härtefallregelung ergänzt, so dass Familien, bei denen diese 67 Prozent bedeuten  
115 würden, dass sie unter das Existenzminimum fallen, auch über die Leistung Coronaelterngeld  
116 mehr gezahlt werden kann, ohne dass ALG II beantragt werden muss. Diese Elterngeld soll für  
117 die gesamte Dauer des notwendigen Wegfalls der Erwerbsarbeit gezahlt werden. Wir wollen auch  
118 in der Krise die partnerschaftliche Aufteilung von Carearbeit fördern, deshalb soll das  
119 Coronaelterngeld auch einen Partnerschaftsbonus enthalten: Wenn beide Eltern einen Teil der  
120 Carearbeit übernehmen, erhöht sich die Leistung auf 75 Prozent des wegfallenden  
121 Nettoeinkommens. Da Alleinerziehende die zusätzlichen Kosten, die durch zu Hause bleibende  
122 Kinder entstehen (wie beispielsweise Mittagessen, das es sonst in Kita oder Schule gegeben  
123 hätte), in der Regel allein tragen müssen, weil die Unterhaltszahlungen nicht angepasst  
124 werden, bekommen auch sie 75 Prozent ihres Nettoeinkommens.

125 Analog zum Coronaelterngeld wollen wir auch ein Coronapflegegeld für pflegende Angehörige,  
126 wenn die professionelle Pflegeunterstützung nicht aufrechterhalten werden kann und somit  
127 Lohn wegfällt.

128 Das Coronaelterngeld kann auch von Eltern beantragt werden, die theoretisch im Homeoffice  
129 arbeiten könnten. Damit füllen wir die Lücke, die das Infektionsschutzgesetz lässt und das  
130 Lohnfortzahlungen nur für Menschen vorsieht, die nicht von zu Hause arbeiten können. Denn  
131 die Erfahrungen der ersten Welle haben gezeigt: Homeoffice und Kinderbetreuung geht nicht  
132 zusammen. Kinder haben ein Recht auf eine gute Betreuung und Förderung, sie haben das Recht,  
133 dass sich jemand ihnen zuwendet und ihre Bedürfnisse ernst nimmt – gerade mit kleinen  
134 Kindern ist das nicht mit dem Homeoffice zu vereinbaren. Aber auch wenn ältere Kinder im  
135 Haushalt leben, denen Eltern bei den Schulaufgaben helfen sollen, ist dies nicht zu leisten.  
136 Wir erwarten für eine zweite Welle jedoch auch, dass Kinder, die schulpflichtig sind, zu  
137 Hause nicht mehr von ihren Eltern beschult werden müssen, sondern dass ein echter

138 Fernunterricht stattfindet, also dass Lehrer\*innen die Schüler\*innen zu Hause anleiten und  
139 begleiten. Dazu braucht es sowohl die notwendigen Kompetenzen bei den Lehrkräften und den  
140 Schüler\*innen als auch die notwendigen Voraussetzungen wie z.B. technische Ausstattung,  
141 Internetverbindung und einen ruhigen Platz zum Lernen. Die Tablets, die an Berliner  
142 Schüler\*innen ausgegeben wurden, waren dabei nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Es fehlt  
143 nach wie vor ein Konzept, das Fern- und Präsenzunterricht vernünftig verbindet. Hier sind  
144 die Sommerferien verstrichen, ohne wirklich genutzt zu werden. Lehrkräfte hätten  
145 fortgebildet und Infrastruktur geschaffen werden müssen. Dies den Schulen und Familien  
146 allein zu überlassen, kann nicht funktionieren. Hier muss die zuständige Senatsverwaltung  
147 dringend nachbessern. Darüber hinaus fordern wir effiziente und langfristig ausgelegte  
148 Hygienekonzepte, die Lehrer\*innen, Erzieher\*innen sowie Kinder und Schüler\*innen effizient  
149 schützen. Das bedeutet zum Beispiel Einbauten von Belüftungsanlagen, Verkleinerung der  
150 Gruppen oder Klassen und den Ausbau von sanitären Anlagen.

151 Damit wissenschaftliche Erkenntnisse gebündelt in politische Entscheidungen einfließen  
152 können, fordern wir einen Bund-Länder-Gipfel, der sich mit dem Thema Bildung und Kita  
153 befasst. Natürlich müssen die regionalen Bedingungen vor Ort immer dafür mit entscheidend  
154 sein, welche konkreten Maßnahmen ergriffen werden. Aber ob bzw. unter welchen Bedingungen  
155 z.B. Masken in Schulen oder gar im Unterricht Sinn machen, sollte einmal grundlegend geklärt  
156 werden und dann müssen diese Grundlagenentscheidungen entsprechend der örtlichen  
157 Gegebenheiten und des allgemeinen Infektionsgeschehens vor Ort angewendet werden. Genauso  
158 könnte hier ein grundsätzliches Konzept erarbeitet werden, wie analoger und digitaler  
159 Unterricht verknüpft werden kann und das beschreibt, unter welchen Umständen wie viel  
160 Präsenzunterricht stattfinden kann. Dies wäre dann den Bedingungen vor Ort anzupassen. Es  
161 kann nicht sein, dass Schulen und Lehrkräfte damit komplett allein gelassen werden.

162 Notbetreuungsanspruch für Alleinerziehende und Ausweitung der Kind-Krank-Tage

163 Die Notbetreuung von Kindern, deren Eltern in systemrelevanten Berufen arbeiten, hat während  
164 der ersten Coronawelle in Berlin in den meisten Einrichtungen gut funktioniert. Unser Dank  
165 gilt insbesondere den Erzieher\*innen, Lehrkräften und Sozialarbeiter\*innen, die hier  
166 weiterhin für die Kinder vor Ort waren und sie auch in dieser schwierigen Situation  
167 unterstützt haben. Dennoch können wir Lehren für eine mögliche zweite Welle ziehen: Gerade  
168 Alleinerziehende waren durch die strikten Kontaktbeschränkungen erneut vor besondere  
169 Herausforderungen gestellt. Mit dem plötzlichen Wegfall außerhäuslicher Betreuungsangebote  
170 wurde es für sie noch schwerer als sonst erwerbstätig zu sein. Bei einer möglichen zweiten  
171 Welle müssen Alleinerziehende deshalb von Beginn an Anspruch auf Notbetreuung haben.

172 Es ist davon auszugehen, dass Kinder im bevorstehenden Herbst häufiger zu Hause bleiben  
173 werden müssen, als normalerweise üblich. Weil Schulen und Kitas Kinder mit  
174 Erkältungssymptomen nicht beschulen oder betreuen, müssen Eltern in die Lage versetzt  
175 werden, sich um ihre Kinder zu kümmern. Deshalb erwarten wir von der Bundesregierung, dass  
176 sie die so genannten Kind-Krank-Tage ausweitet. Derzeit haben Eltern pro Kind und Elternteil  
177 einen Anspruch auf zehn Kind-Krank-Tage im Jahr, Alleinerziehende haben Anspruch auf 20  
178 Tage. Dies wird in vielen Familien und gerade in solchen mit kleinen Kindern, die sehr  
179 schnell eine Schniefnase oder einen leichten Husten haben, bei weitem nicht ausreichen.

180 Erwerbsarbeit aller Frauen mitdenken

181 Eine weitere Gruppe von Frauen, die insbesondere finanziell unter den Kontaktbeschränkungen  
182 gelitten haben, waren Sexarbeiter\*innen und Prostituierte. Es darf nicht sein, dass eine  
183 ohnehin marginalisierte Gruppe hier überhaupt nicht mitgedacht wird. Gerade Frauen, die  
184 keine große Lobby haben, müssen sich darauf verlassen können, dass die Politik sie nicht

185 vergisst. Für eine zweite Welle muss deshalb rechtzeitig sichergestellt werden, dass auch  
186 für diese Berufsgruppe ein Zugang zu finanziellen Hilfen gewährleistet ist.

187 Über die Krise hinaus: Für die Hälfte der Macht braucht es strukturelle Veränderungen

188 Die Ursachen dafür, dass viele Frauen so stark unter der Coronakrise gelitten haben, liegen  
189 tief in unserer gesellschaftlichen Struktur verankert. „Typisch weibliche“ Berufe wie zum  
190 Beispiel Kranken- und Altenpflegerin, Verkäuferin oder Erzieherin sind immer noch schlechter  
191 bezahlt als „typisch männliche“ Berufe. Dass ausgerechnet in diesen Berufsgruppen das  
192 Risiko, an Covid-19 zu erkranken, höher ist, scheint wie eine Ironie des Schicksals. Darüber  
193 hinaus fördert unser Steuersystem nach wie vor die Alleinverdienerehe, in der das zweite  
194 Gehalt lediglich ein Zuverdienst ist. Aufgrund des besser bezahlten Jobs ist in den meisten  
195 Familien der Mann Hauptverdiener, während die Frau Teilzeit arbeitet und den Großteil der  
196 Carearbeit übernimmt.

197 Um hier strukturell anzusetzen, müssen wir die finanzielle Unabhängigkeit von Frauen ebenso  
198 fördern wie eine gleichmäßigere Verteilung von Carearbeit. Die systemrelevanten, meist von  
199 Frauen ausgeübten Berufe, müssen endlich aufgewertet werden – und zwar vor allem finanziell.  
200 Darüber hinaus brauchen wir ein echtes, konsequentes Entgeltgleichheitsgesetz, damit Frauen  
201 nicht weniger verdienen als ihre Kollegen mit den gleichen Qualifikationen, Erfahrungen und  
202 Aufgaben. Ebenso überfällig ist die Abschaffung des Ehegattensplittings zugunsten einer  
203 Kindergrundsicherung. Nur so können wir den Gender Pay Gap verringern. Zudem muss die  
204 steuerliche Schlechterstellung von Frauen bei Lohnersatzleistung ein Ende haben, indem diese  
205 Leistungen grundsätzlich nach Steuerklasse IV berechnet werden.

206 Wir müssen beim Elterngeld und den Teilzeitregelungen nachsteuern. Denn leider wird  
207 Carearbeit zwischen den Elternteilen oft nur dann gleichmäßiger aufgeteilt, wenn die  
208 Familien dadurch keine finanziellen Verluste haben. Eine partnerschaftliche Aufteilung von  
209 Carearbeit darf aber kein Luxus sein. Deshalb müssen wir gerade in Familien, die auf das  
210 Einkommen des Mannes in voller Höhe angewiesen sind, höhere Elterngeldsätze prüfen. Auch  
211 könnte Paaren, die sich die Elternzeit gleichmäßig aufteilen, ein höherer Elterngeldsatz  
212 gezahlt werden. Über die erste Zeit mit kleinen Kindern hinaus muss es möglich sein, dass  
213 Eltern paritätisch in Teilzeit arbeiten, ohne dadurch finanzielle Nachteile zu erfahren. Ein  
214 Ausgleich für die Rentenkassen könnte hier helfen.

215 Und dann bleibt immer noch einiges zu tun. In Politik, Wissenschaft und Wirtschaft sind  
216 Frauen nach wie vor zu wenig vertreten – und zu selten in vorderster Reihe. Deshalb brauchen  
217 wir Parité-Gesetze und Frauenquoten in Führungspositionen. Gender Mainstreaming muss endlich  
218 konsequent umgesetzt werden, Gender Budgeting in jedem Haushalt verankert sein. Wir brauchen  
219 eine ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie in Bund und Ländern und nicht zuletzt ein  
220 Bundesinstitut für Gleichstellung.

221 Viele dieser Forderungen können wir nicht allein in Berlin durchsetzen – unsere Grüne  
222 Bundestagsfraktion fordert hier zurecht das Handeln der Bundesregierung ein. Doch Berlin ist  
223 eins der progressivsten Bundesländer, deshalb braucht es auch unsere laute Stimme, um diese  
224 Ziele auf Bundesebene durchzusetzen.

225 Die Zukunft ist weiblich

226 Die Coronakrise hat viele Probleme wie durch ein Brennglas sichtbar werden lassen. Vieles,  
227 was vorher unter der Decke gebrodelt hat, ließ sich nun nicht mehr verstecken und spätestens  
228 jetzt wissen wir, was wir schon lange geahnt hatten: Wirkliche Gleichberechtigung ist noch  
229 lange nicht erreicht. Doch genau deshalb hat Corona auch den Widerstand der Frauen wachsen  
230 lassen. Krankenpflegerinnen, Ärztinnen, Erzieherinnen, Sozialarbeiterinnen, Lehrerinnen und  
231 Verkäuferinnen – genauso wie Mütter, die in allen möglichen Berufen arbeiten: Sie alle

232 wurden laut, haben auf ihre unterschiedlichen Lebensrealitäten aufmerksam gemacht und wollen  
233 diese Ungerechtigkeit nicht länger auf sich sitzen lassen. Wir Bündnisgrüne stehen an ihrer  
234 Seite und kämpfen für eine geschlechtergerechte Zukunft!